

Politik auf den Punkt gebracht

Hermann Färber MdB informiert

Ausgabe 2014/8 - 11. Mai 2014

EEG
Ukraine
Rentenpaket
Aus dem Ausschuss
für Ernährung und
Landwirtschaft

EEG

Mit der Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes wollen wir drei Hauptziele erreichen, die teilweise im Konflikt miteinander stehen:

1. Wir wollen den Ausbau Erneuerbarer Energien weiter vorantreiben
2. Wir wollen Kosten für diesen weiteren Ausbau senken
3. Wir wollen, dass Unternehmen dadurch nicht an internationaler Wettbewerbsfähigkeit verlieren.

Daneben müssen wir die Reform so gestalten, dass die Stabilität der Stromversorgung gesichert bleibt, die Regelungen müssen dem Europarecht entsprechen und wir müssen gegenüber Investoren, die sich auf verbindliche Zusagen des Staates verlassen haben, Vertrauensschutz beweisen.

Das alles zu erreichen, ist nicht einfach und deshalb ist der 323-seitige Gesetzentwurf auch relativ kompliziert.

Ich bitte um Verständnis darum, dass ich derzeit noch nicht jede einzelne Maßnahme im Detail bewerten kann. Am Donnerstag hat es im Plenum des Bundestages eine erste Debatte dazu gegeben. Mit der Grundrichtung des Entwurfs bin ich einverstanden: Es gibt feste Ausbaukorridore für Erneuerbare Energien, so dass der Prozess planbarer wird für alle Beteiligten. Überförderungen werden abgebaut. Die Erzeuger erneuerbarer Energien sollen näher an den Markt herangeführt werden. Für die Details werden die zuständigen Ausschüsse im Bundestag jetzt Expertenanhörungen durchführen. Am 19. Mai wird etwa der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, dem ich angehöre, eine Anhörung zum Bereich Energie aus Biomasse durchführen. Dabei wird es vor allem darum gehen, wie die Biomasse die stark vom Wetter abhängigen variablen Stromerzeuger Wind und Sonne ergänzen und stabilisieren kann.

Eine Erklärung noch zu den Ausnahmetatbeständen für energieintensive Unternehmen, weil hier teilweise völlig falsche Vorstellungen im Umlauf sind: Die Europäische Union hat eine Liste mit Branchen beschlossen, bei denen die Ermäßigung von der EEG-Umlage grundsätzlich möglich ist. Das heißt aber nicht, dass automatisch alle Unternehmen aus diesen Branchen diese Ermäßigung erhalten. Jedes einzelne Unternehmen muss nachweisen, dass seine Stromkosten mehr als 16% oder 20% der Bruttowertschöpfung betragen. Außerdem muss das Unternehmen mehr als 1GWh Strom im Jahr verbrauchen. Ich halte das grundsätzlich für richtig. Es wäre auch der Umwelt nicht damit gedient, die energieintensive Produktion aus Deutschland zu vertreiben. Der Verbrauch würde dann ja nur woanders stattfinden.

Ukraine

Wer hätte das gedacht, dass wir in Europa wieder mit gewaltsamen Grenzveränderungen konfrontiert sein würden. Wir sind alle froh, dass die Mitglieder der OSZE-Mission, die ihre schwere Aufgabe ohne jeden Zweifel auf klarer, völkerrechtlicher Grundlage durchgeführt haben, wieder frei sind.

Nun gibt es offenbar von russischer Seite erste Zeichen der Deeskalation. Es bleibt abzuwarten, wie weit das trägt. Ich unterstütze das Vorgehen der Bundesregierung: In engem Schulterschluss mit unseren Partnern zu handeln, klar die Völkerrechtswidrigkeit des russischen Vorgehens deutlich zu machen, durch gezielte Sanktionen Grenzen aufzeigen und trotzdem alle Möglichkeiten zum Dialog und zur konstruktiven Lösung der Krise nutzen.

Rentenpaket

Die Rente mit 63 bleibt zu Recht weiter in der Diskussion. Die Gefahr massenhafter Frühverrentung, die sich unser Rentensystem einfach nicht leisten kann, ist noch nicht gebannt. Deshalb sind hier weitere Verhandlungen nötig. Es rächt sich hier für die SPD, dass sie mit dem Thema Wahlkampf gemacht hat, ohne es auch substantiell ausgearbeitet zu haben. Da war die Union mit der Mütterrente besser vorbereitet, deshalb gibt es darüber auch keinen inhaltlichen Streit mehr.

Ich warne aber jeden, der glaubt, er könne die Rente mit 63 grundsätzlich verhindern, die Mütterrente aber gleichzeitig bekommen. Das wird mit der SPD nicht zu machen sein. Wir haben beiden Punkten im Koalitionsvertrag zugestimmt, daran fühle ich mich nach wie vor gebunden.

Aus dem Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Eigentlich hätte diese Woche im Plenum die nationale Umsetzung der Europäischen Agrarreform beschlossen werden sollen. Stattdessen haben wir in langen Verhandlungsrunden mit Vertretern der Bundesregierung und unserem Koalitionspartner versucht, die letzten noch offenen Punkte zu klären. Als Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion für diesen Gesetzentwurf habe ich an diesen Verhandlungen teilgenommen. Im Kern geht es darum, ob bei der Umsetzung den Landwirten noch weitere Vorschriften gemacht werden sollen, als es das Reformpaket der EU ohnehin vorsieht. Wir von der Union wollen das nicht. Für uns gilt nach wie vor das Leitbild des unternehmerischen Landwirtes, der auf Grundlage seiner Ausbildung in der Lage ist, eigenverantwortlich die gute fachliche Praxis anzuwenden.

Es ist aber sehr spannend, zu sehen, wie das oft zitierte „Strucksche Gesetz“, wonach kein Gesetz so aus dem Bundestag rauskommt, wie es reingekommen ist, praktisch wirkt. Wir sind nach langen Debatten zu einer vorläufigen Einigung gekommen. Ob alle Beteiligten da wirklich mitziehen, wird sich nächste Woche entscheiden.

Terminhinweise

Montag, 12. Mai 2014, 19.30 Uhr, Mühlhausen i. T., Bürgersaal:
"Gute Politik für Kreis und Kommune" mit Christoph Palm,
Oberbürgermeister von Fellbach, und den Kreistagskandidaten für das Täle

Dienstag, 13. Mai 2014, 19.00 Uhr, Göppingen, Firma Lambert:
"CDU im Frühling" mit Rainer Wieland MdEP

Dienstag, 13. Mai 2014, 19.30 Uhr, Uhingen, Uditorium
Podiumsdiskussion zum neuen Landesjagdgesetz
mit Landesjägermeister Dr. Jörg Friedmann, Vertretern anderer Parteien und mir

Freitag, 16. Mai 2014, 20.00 Uhr, Eislingen, Stadthalle
Eröffnungsabend des Kreismusikfestes mit Festakt anlässlich des 40-jährigen
Bestehens des Blasmusikkreisverbandes



Hermann Färber

Ihr Bundestagsabgeordneter für den Kreis Göppingen

Heidenheimer Straße 68 | 73079 Sülzen | 07162 3057057 | hermann.farber@bundestag.de